A3 Bezahlkarte für Geflüchtete verhindern!

Gremium:	GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt
Beschlussdatum:	11.04.2024
Tagesordnungspunkt:	4. Anträge

Antragstext

Spätestens seit der Ministerpräsident*innenkonferenz im Oktober 2023 wird in ganz Deutschland über die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete diskutiert. In Bayern und Hamburg wurde ein solches Gesetz auch bereits beschlossen. Das Ziel dieser Karte ist es, Bargeldauszahlungen zu beschränken und damit den Geldtransfer in die Herkunftsstaaten der Geflüchteten zu kontrollieren. Doch in der Praxis führt diese Bezahlkarte vor allem zu Ausgrenzung und Schikane.

Die Einführung der Bezahlkarte schließt Asylsuchende vom sozialen Leben aus und erschwert ihre gesellschaftliche Integration und Teilhabe. Neben offensichtlichen Problemen wie der Stigmatisierung durch die Erkennbarkeit der Karte und den sozialen Einschränkungen, die damit einhergehen, betrifft dies auch andere Familienmitglieder.

Die gesellschaftliche Teilhabe soll dadurch gewährleistet sein, dass man einen gerinfügigen Geldbetrag für die Orte bekommt, an denen man nicht mit Karte zahlen kann. Dennoch ist es höchst fragwürdig, in wie weit diese Geldbeträge ausreichen. Im Beispiel von Hamburg erhalten erwachsene Geflüchtete 50€ und Kinder 10€ im Monat. Dadurch ist soziale Teilhabe faktisch nicht möglich. Darüber hinaus ermöglicht die Bezahlkarte den Behörden, die Einkäufe der Nutzer*innen zu kontrollieren und vorzuschreiben, welche Produkte an welchem Ort erworben werden dürfen, was die Würde der Asylsuchenden stark verletzt.

Eine Bezahlkarte verlagert zudem nur die aktuelle Problemlage auf die Kommunen, die bereits jetzt mit einer Vielzahl von Herausforderungen im Umgang mit Geflüchteten konfrontiert sind. Die Kosten zur Einführung und Verwaltung der Karte würden zu einer zusätzlichen Überbelastung führen. Zusätzlich sollen Kommunen ermitteln, welche Bargeldbeträge für soziale Teilhabe vor Ort nötig wären. Das stellt einen immensen bürokratischen Aufwand dar, der in keiner Relation zum scheinbaren Nutzen der Bezahlkarte steht.

Darüber hinaus wird gehofft, dass die Bezahlkarte Deutschland für Asylsuchende unattraktiver macht. Allerdings fliehen Asylsuchende nicht wegen der vermeindlich attraktiven Bedingungen in Deutschland, sondern vor Hunger, Krieg und Verfolgung in ihren Herkunftsländern. Die Idee, solche Karten als Erfolgssystem zu betrachten und auf andere Gruppen auszuweiten, ist nicht nur demütigend, sondern auch zu tiefst menschenverachtend.

Angesichts dieser Probleme fordern wir alle Bündnisgrünen Kommunalpolitiker*innen in Sachsen-Anhalt sowie die Bündnisgrüne Landtagsfraktion auf, sich gegen die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete auszusprechen und ein solches Gesetzesvorhaben abzulehnen. Darüber hinaus sollte der Landesverband und Landesvorstand sich in der Presse klar gegen eine solche Einführung positionieren.

Begründung

erfolgt mündlich